WAS WILL VERDI?

ver.di fordert für alle Beschäftigten von Diakonie und Caritas flächendeckende Tarifverträge, die auf Augenhöhe ausgehandelt werden – so wie es das Grundgesetz in Artikel 9 vorsieht.

Ein Tarifvertrag hat klare Vorteile: Er kann nicht zum Nachteil der Beschäftigten vom Arbeitgeber einfach so geändert werden. Um Tarifverhandlungen aufnehmen zu können, wählen die Mitglieder der Verhandlungspartner jeweils eine Tarifkommission – in diesem Fall wären es die ver.di-Mitglieder in den Einrichtungen. Die ver.di-Mitglieder werden vorher befragt. Ohne sie läuft gar nichts. Die meisten Tarifverhandlungen werden übrigens ohne Arbeitskampf erfolgreich beendet – das Streikrecht ist vor allem ein Druckmittel, das dafür sorgt, dass der Verhandlungswille und die Anliegen der Arbeitnehmer/innen von der Arbeitgeberseite auch ernst genommen werden. In sozialen Einrichtungen ist es natürlich schwieriger, die Arbeit niederzulegen. Doch auch im Krankenhaus oder anderen sozialen Einrichtungen sind Streiks möglich: Eine Notbesetzung sorgt dafür, dass die Patientinnen und Patienten sicher versorgt sind.

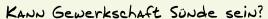
WAS WÄRE WENN ...

Das nennen wir Demokratie.

die Diakonie und die Caritas gemeinsam mit anderen Wohlfahrtsverbänden einen »Tarifvertrag Sozial« vereinbaren würden? Das wäre gemeinsam mit ver.di, den Mitarbeitervertretungen und den Beschäftigten gelebte Dienst**gemeinschaft** am Nächsten.

Das allerdings wird wohl nicht eintreten, ohne dass wir mächtig von unten Druck machen.

Aktuelle Informationen findet ihr unter: www.streikrecht-ist-grundrecht.de





Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Name	Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Satzung von ver.di an. Gleichzeitig ermächtige ich ver.di bis auf Widerruf, den von mir zu
Vorname	entrichtenden, satzungsgemäßen Beitrag monatlich zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift
Straße/Hausnummer	einzuziehen.
PLZ/Ort	Datum/Unterschrift
Geburtsdatum	Bankleitzahl
Telefon	Kontonummer
E-Mail	Geldinstitut
Staatsangehörigkeit	Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des
Geschlecht weiblich männlich	Mitgliederverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftlicher Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergän-
Beschäftigt als: ☐ Arbeiter/in ☐ Angestellte/r	zend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweils gültigen Fassung.
□ Beamter/tin □ DO-Angestellte/r	
	Datum/Unterschrift
Dienststelle	Werber/in:
PLZ/Ort	Name
monatlicher Bruttoverdienst	Vorname
Reitragszahlungen ah	Mitaliedsnummer

AUP AUGENHÖHE

Tarifverträge, Streikrecht,

Dritter Weg – worum geht es genau?



Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

ver di

WIE SIND DIE ARBEITS-BEDINGUNGEN BEI DER KIRCHE?

Die Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas sind die größten Anbieter im Sozial- und Gesundheitsdienst in Deutschland. Bundesweit gibt es Tausende kirchliche Einrichtungen in diesem Bereich mit etwa einer Million Beschäftigten. Ihre Arbeit finanziert sich weitgehend über Mittel der öffentlichen Hand, die Sozial- und Pflegekassen.

Die Beschäftigten der kirchlichen Einrichtungen arbeiten zu sehr unterschiedlichen Bedingungen: Ein Teil arbeitet auf der Grundlage von Arbeitsvertragsrichtlinien der Evangelischen Kirche Deutschlands (AVR Diakonie EKD). In der Caritas gelten die AVR Caritas, die angeblich noch den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes nachbilden. Viele regionale Regelungen machen das arbeitsrechtliche Bild in kirchlichen Betrieben zu einem völlig unübersichtlichen Flickenteppich. Tausende Mitarbeiter/innen sind in Leiharbeits- und ausgegliederten Firmen beschäftigt. Immer häufiger treffen wir auf Arbeitsbedingungen, die die Arbeitgeber einseitig festlegen. Die gezahlten Vergütungen liegen nicht selten 20 bis 25 Prozent unter denen anderer Kolleginnen und Kollegen in der Diakonie oder Caritas. Das ist nicht gerecht.



WAS IST DER DRITTE WEG?

Die Arbeitsvertragsrichtlinien der kirchlichen Einrichtungen kommen auf dem sogenannten Dritten Weg zustande. Dieses spezielle Arbeitsrechtsmodell leiten die Kirchen ab aus dem Selbstverwaltungsrecht nach Artikel 140 Grundgesetz. Dieser garantiert den Kirchen, ihre eigenen Angelegenheiten selbst verwalten zu dürfen, allerdings im Rahmen der für alle geltenden Gesetze. Konkret heißt das: Die Arbeitsvertragsrichtlinien werden in Arbeitsrechtlichen Kommissionen (ARK) verhandelt. Diese sind zu gleichen Teilen mit Arbeitnehmer/innen und Arbeitgebervertretern besetzt.

Doch die Arbeitnehmerseite ist in diesem Gremium rechtlich sehr schlecht gestellt: Wer Mitglieder für die Kommission benennen darf, regelt das jeweilige Kirchenrecht vor Ort – ohne Beteiligung der Arbeitnehmerseite. Die Beschlüsse der Arbeitsvertragsrichtlinien sind nur wirksam für Beschäftigte mit entsprechenden Arbeitsverträgen – viele Arbeitgeber schließen mit Arbeitnehmer/innen andere, schlechtere Verträge ab. Streiken ist nach kirchlicher Auffassung nicht erlaubt. Das ist nicht gerecht.



WARUM IST DER DRITTE WEG GESCHEITERT?

Das System Dritter Weg hat funktioniert, so lange die Inhalte von Tarifverträgen des Öffentlichen Dienstes weitgehend übernommen wurden. Böse Zungen nannten das Trittbrettfahren.

Der Wandel der kirchlichen Einrichtungen zu marktwirtschaftlich handelnden Unternehmen führt jedoch dazu, dass dieses System erhebliche Nachteile für Arbeitnehmer/innen produziert. Zwar wird behauptet, Arbeitgeber und Arbeitnehmer arbeiteten in einer »Dienstgemeinschaft«, in der Bezahlung und Arbeitsbedingungen gemeinsam festgelegt werden. Die Realität sieht anders aus: Befristete und Teilzeitarbeitsverhältnisse, Arbeitsverdichtung, Lohnkürzungen sind mittlerweile üblich. Ausgliederungen, Leiharbeit, Werkverträge sind »normale« Instrumente kirchlicher Betriebspolitik. Das ist nicht gerecht.

